

Wer nicht hören will, muss fühlen: Bis 2030 verschlingt der Ausbau des Ökostroms 200 Milliarden Euro.



Wie recht sie damit hatte, belegt die begründete Befürchtung von Minister Rösler, der meinte: **„Dies ist ein Industriemuseum“**, stellte Rösler halb schockiert, halb belustigt in seiner Rede vor dem Plenum fest – und kündigte an, alles dafür tun zu wollen, **„dass man nicht die deutsche Industrie nach Abschluss der Energiewende nur noch in Museen besichtigen kann“**.

Doch dazu dürfte es wohl kommen, weil auch der BDI Präsident die "Energiewende" trotzdem nicht in Frage stellte. Obwohl er überzeugend darlegte, dass *"die Wirtschaftlichkeit der Energiewende (ist) bereits jetzt akut gefährdet."* ist, kleidete er seine dann folgende Kritik in verniedlichend, sanfte Worte, und forderte nur **..„ein Gesamtkonzept zur Energiewende, denn ohne dieses, drohten die Kosten der Industrie völlig aus dem Ruder zu laufen“**.

Wie denn ein **„Gesamtkonzept“**, für ein überflüssiges, in jeder Hinsicht untaugliches nur ideologisches motiviertes Bürokratenmonster, die dramatische Kostenexplosion – auf jeweils 20 Jahre garantiert- verhindern könne, sagte er jedoch nicht. Denn es gilt doch wohl noch immer die alte Rechenregel nach Adam Riese, dass $1 + 1 = 2$ ist, d.h. wenn man doppelt und dreifach investiert, wie es bei der „Energiewende“ gewollt ist, muss – mit oder ohne Gesamtkonzept- doppelt oder dreifach bezahlt werden. Das sollte auch ein BDI Präsident wissen.

Damit ist auch der BDI, wie die von ihm vertretene deutsche Industrie, zur Geisel seiner bisherigen *„Wasch mich, aber mach mir den Pelz nicht nass“* Politik geworden, die darin besteht, einerseits der „Energiewende“ in höchsten Tönen das Wort zu reden um höchstmöglichen Nutzen daraus zu ziehen, um dann wieder die unvermeidliche Kostenexplosion lauthals zu beklagen.

Wer nicht hören will muss fühlen, lautete früher ein bewährter Erziehungsgrundsatz. Dumm nur, dass wir Verbraucher, mit dem BDI und seinen Mitgliedern ungewollt und ungefragt, mitfühlen d.h. mitzahlen müssen

Nur wenige Tage später präzisierte dasselbe Institut, auch wer die Rechnung für die desaströse Energiewende bezahlen darf. Es sind – wie anders- wir Verbraucher! Denn die [neue Studie](#) zum Anstieg der Preise stellt fest:

„Die Kosten für Ökostrom steigen bis 2018 um 60“

Um dies möglichst zu kaschieren lancierte die Bundesregierung wieder dieselbe Idee, die sich schon beim EEG so bewährt hatte. Durch simple Bestechung vermöglicher Bürger. In 500 € Anteilsscheinen, so versprach Minister Altmaier in einem [Interview mit dem Berliner Tagesspiegel](#) :

„Ich möchte Betroffenen des Leitungsbaus die Chance geben, sich mit einem Darlehen ab 500 Euro zu einem garantierten Zinssatz von etwa fünf Prozent daran zu beteiligen.“

Man lässt ihn also die Netz-Investition bezahlen und garantiert ihm dafür satte 5 %, die man ihm zuvor mit der Erhöhung der Strompreise aus der Tasche gezogen hat. *„Das wäre ein attraktives Angebot auch für Menschen mit geringem Einkommen...“* setzte Altmaier noch einen drauf und meinte es nicht mal ironisch. Was ist daran attraktiv? Die 25 € jährliche Zinsen aus den angelegten 500 € finden sich sehr schnell in weiter steigenden Stromkosten wieder.

Wo lebt der Herr Altmaier eigentlich? Die Frage stellt sich auch bei ganz Unbedarften. In welchem Wolkenkuckucksheim der Minister wirklich wohnt, zeigt diese Äußerung im selben Interview: *„Auch sie müssen von den vielen Milliarden Wertschöpfung etwas abbekommen, die die Energiewende produzieren wird.“*

Es ist von ihm ernst gemeint! Die Energiewende produziert Wertschöpfung! Wer Jura studiert hat und Politik macht, braucht von Ökonomie heute keine Ahnung zu haben. Merkt er wirklich nicht, dass die „Energiewende“ Wertvernichtung betreibt? Doch, merkt er anscheinend doch, denn damit das alles auch sicher geregelt wird, warnt der Minister davor auf zu viel Markt zu setzen:

Michael Limburg EIKE; Mit Dank an Dr. D. Ufer und Dr. Zielinski für die Hinweise in den Medien.